



Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Schleswig-Holstein

Regionalgruppe Lübeck Ostholstein

Holstentorplatz 1-5

23552 Lübeck

Tel.: 0451 – 131 2070

Mobil: 0171 – 24 65 840

Andreas Sankewitz

1. Vorsitzender

Pressemitteilung vom 22.09.2009

Belastungssituation der Lübecker Polizistinnen und Polizisten

Die Belastungssituation der Polizeibeschäftigten in Lübeck war Gegenstand eines Informationsgesprächs, das der Vorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein, mit den Lübecker Kandidaten der SPD für den schleswig-holsteinischen Landtag und den Deutschen Bundestag führte. Thomas Rother, Hans Müller und Wolfgang Baasch sowie Gabriele Hiller-Ohm zeigten sich beeindruckt von den Schilderungen von Andreas Sankewitz, dem 1. Vorsitzenden der Regionalgruppe.

„Die derzeitigen Einsatzbelastungen der Polizei sind nicht mehr tragbar“, konstatierte Andreas Sankewitz. Dabei verwies der Regionalgruppenvorsitzende auf die auch von Landespolizeidirektor Burkhard Hamm im Sommer in einem den Medien zugespielten dienstinternen Schreiben dargestellten „personellen Notlage“ bei den Ordnungshütern. Heftig kritisierte Sankewitz insbesondere vor diesem Hintergrund die beabsichtigten Stelleneinsparungen bei der Landespolizei. „Die Auftragsbücher der Polizei sind randvoll, eine Kürzung der Personaldecke ist deshalb völlig daneben“, so der 46-Jährige gegenüber den politischen Vertretern. Die SPD-Politiker zeigten Verständnis für die Sorgen der Polizeibeamten, verwiesen jedoch auf die schwierige Haushaltssituation des Landes. In den vergangenen Jahrzehnten sei ein Schuldenberg in Höhe von 24 Milliarden Euro angehäuft worden. „Wir sind damit an der Grenze der politischen Handlungsfreiheit angekommen und werden insbesondere die Ausgaben kürzen müssen“, erklärten die Sozialdemokraten. Im Vollzug der Landespolizei werde kein Einsparpotenzial gesehen, es müsse jedoch gelingen, durch Straffung der Abläufe und Organisationsentwicklung Stellen in der Bürokratie abzubauen. Gemeinsam wurde auch nach Gründen insbesondere für die zunehmende

Gewaltbereitschaft Jugendlicher gesucht. Sankewitz erklärte, dass diese vor allem in einem massiven Werteverfall in bestimmten Kreisen der Gesellschaft begründet sei. Hinzu komme Alkoholkonsum. „Die Kolleginnen und Kollegen werden zunehmend schon beim Eintreffen am Einsatzort unflätig beschimpft und beleidigt“, erklärte der Regionalgruppenvorsitzende. Einigkeit herrschte bei den Gesprächspartnern, dass dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, der sich aber insbesondere Vertreter von Parteien und auch Gewerkschaften stellen müssten.